



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 186-2023
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2023.RRGR.255

Eingereicht am: 04.09.2023

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Herren-Brauen (Rosshäusern, Die Mitte) (Sprecher/in)
Riem (Iffwil, Die Mitte)
Streiff (Oberwangen b. Bern, EVP)
Gasser (Ostermundigen, GLP)
de Meuron (Thun, Grüne)
Marti (Belp, SVP)
Schindler (Bern, SP)
Baumann (Münsingen, EDU)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 12.09.2023

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Demenzstrategie Kanton Bern jetzt! Angebote optimieren und Lücken schliessen

Der Regierungsrat wird wie folgt beauftragt:

1. Er setzt die Anliegen und Ziele der Nationalen Demenzstrategie 2014–2019 im Kanton Bern um. Er zeigt auf, wie die Koordination und die Finanzierung erfolgen sollen.
2. Er zeigt Massnahmen auf, wie dem erwarteten Wachstum der Anzahl Demenzbetroffener in den kommenden Jahren begegnet werden kann.
3. Er berücksichtigt in der zu erarbeitenden Strategie insbesondere auch die Massnahmen, die zu ergreifen sind, um die Lebensqualität der Betroffenen (Erkrankte sowie auch deren nahe Bezugspersonen) bereits ab Beginn der Krankheit zu verbessern.
4. Die kantonale Demenzstrategie mit Zeithorizont 2025 bis 2030 soll in Zusammenarbeit mit allen relevanten Akteuren und Organisationen erarbeitet werden.

Begründung:

im Kanton Bern existiert noch keine Demenzstrategie. Auf nationaler Ebene gibt es diese bereits für den Zeitraum 2014 bis 2019.

Das Thema Demenz ist ein weites Gebiet und muss koordiniert angegangen werden. So braucht es eine Auslegeordnung, wie der immer grösseren Anzahl Betroffener begegnet werden

kann, wie diese finanziert und die Angehörigen entlastet werden können. Um all diese Fragen abdecken zu können, müssen alle involvierten Player einbezogen werden.

Demenz ist ein Oberbegriff für verschiedene Erkrankungen, von denen die Alzheimer-Krankheit die häufigste ist (rund 60 Prozent). Das hohe Alter ist der primäre Risikofaktor für die Entwicklung einer Demenz. Die demografische Entwicklung der Bevölkerung in der Schweiz lässt für die kommenden Jahrzehnte eine steigende Zahl der Betroffenen erwarten (www.bag.admin.ch).

Im Kanton Bern leben gemäss Alzheimer Schweiz (www.alz.ch) zurzeit 20 350 Personen mit einer Demenz; das entspricht jetzt bereits ungefähr zwei Prozent der Bevölkerung. Pro erkrankte Person sind ein bis drei Angehörige sehr nahe betroffen, entsprechend belastet und tragen ein erhöhtes eigenes Gesundheitsrisiko.

Bereits bis 2035 dürfte sich die Zahl der an Demenz erkrankten Personen aufgrund der demografischen Alterung deutlich erhöhen und bis 2050 mehr als verdoppeln.

Pflegende/betreuende Angehörige tragen 5,5 Milliarden Franken der insgesamt 11,8 jährlichen Milliarden der Demenzkosten (Zahlen Schweiz, vgl. Demenzkostenstudie). Ihr Engagement in der Betreuung trägt jedoch massgeblich dazu bei, dass weniger bzw. spätere (und für den Kanton kostenintensive) Heimeintritte erfolgen. Die Angehörigen müssen adäquat unterstützt sowie ihre Leistungen finanziell anerkannt werden. So benötigen nicht nur die an Demenz erkrankten Personen, sondern auch deren Angehörige in allen Phasen der Erkrankung Zugang zu hochwertigen, niederschweligen und kontinuierlichen psychosozialen Beratungs- und Entlastungsangeboten. Sie profitieren von Organisationen und Institutionen, deren Beratungs-, Betreuungs-, Entlastungs- oder Pflege-Angebote vernetzt, koordiniert und bedarfsgerecht ausgestattet sind.

Entsprechend der Nationalen Demenzstrategie 2014 bis 2019 sind sowohl der Bund als auch die Kantone gefordert, Massnahmen zu ergreifen, um die Lebensqualität der Betroffenen (Erkrankte sowie deren nahe Bezugspersonen) zu verbessern, Belastungen zu verringern und die Qualität der Versorgung auch für die Zukunft zu garantieren.

Begründung der Dringlichkeit: Die nationale Strategie ist seit längerer Zeit bekannt und muss nun endlich im Kanton Bern an die Hand genommen werden.

Verteiler

– Grosser Rat